

Dossiers an Freunde, Freundinnen, Interessierte

Humanität ist keine Notmaßnahme - Ein Wort zur aktuellen Flüchtlingspolitik

Wir erlebten sie in den Medien im täglichen Dutzendpack, die Eindrücke und Bilder von flüchtenden Menschen, ganze Familien mit kleinen Kindern, aus Afrika und Nah-/Mittelost ins mittlere und nördliche Europa. Bald hält der strenge Winter auf dem Balkan Einzug und wird auf den Routen, die die Flüchtigen derzeit noch nehmen, der sog. Balkanroute, dafür sorgen, dass die Trecks in Schnee, Regen, Kälte, dem Schlamm und Morast der aufgeweichten Wege stecken bleiben und nicht mehr weiter vorankommen werden. Was dann? Jetzt ist Serbien mit dem Problem konfrontiert, nachdem Ungarn heute (15.9.) die etwa 175 km lange Grenze zwischen den beiden Ländern durch einen 4 Meter hohen Zaun mit doppelten NATO-Stacheldrahtverhauen geschlossen und gesichert hat. Der neue eiserne Drahtvorhang. Wie aktuell verlautet, soll er auch an der Grenze zu Rumänien fortgesetzt werden. Der ungarische Regierungschef Orbán, eine Mischung aus Rechtspopulist und Profaschist, der regelmäßig egoistisch zu kurz denkt und nationalistisch argumentiert, erklärte eben mal Serbien einseitig zum sicheren Herkunftsland. In anderen osteuropäischen Ländern wie dem stockkatholischen Polen, wo am 12.9. Tausende auf den Straßen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen demonstrierten oder der Slowakei, steht es mit der offiziellen Aufnahmebereitschaft auch nicht viel besser. Slowakische Bürger fürchten sich vor "Dreck und Unordnung" der Flüchtlinge, man habe Kinder und nachts einfach nur Angst. Polnische Bischöfe warnen im gerade laufenden Wahlkampf vor einer drohenden "Islamisierung"! Rumänien, das eigentlich 4.600 Flüchtlinge aufnehmen sollte, will nur 1.700 ins Land lassen. 1.700! Die Einwohnerzahl einer mittelgroßen Dorfgemeinde. Schon sind neue Fluchtrouten im Gespräch, stellen sich die Schleuser und Schlepper auf die veränderte Situation ein, so könnte es bald entlang der Adria durch Kroatien nach Slowenien und Österreich oder durch Bulgarien, Rumänien, die Ukraine an die polnische und slowakische Grenze gehen. Die Trecks, in denen die Einzelnen nichts zu verlieren haben als ihr Leben, werden sich nicht stoppen lassen, es sei denn man beginnt auf sie zu schießen...

Am Sonntag, den 13.9., gegen frühen Abend ca. 18 Uhr, war dann auch die Nachricht aus den Nachrichtentickern der Agenturen zu vernehmen: Deutschland setzt das Schengen-Abkommen außer Kraft, das innerhalb der EU-Grenzen freien Grenzübertritt garantiert und führt damit ab sofort wieder massive Grenzkontrollen an seiner Südostseite gegen Österreich ein. Es rollen vorerst keine "Rettungszüge" mehr über die Übergänge in Passau und Salzburg ins Land ein. Die bayerische Landesregierung hat vom Bund aktuell 21 Hundertschaften Bundespolizei zur Grenzsicherung angefordert. Notbremse unter dem Druck der Ereignisse? Schon kündigte Tschechien an, an diesem Strang mitzuziehen. Bislang galt das Wort von Kanzlerin Merkel mit ihrem gewagten Versprechen "wir schaffen das", der Merkel-Version von yes we can. Aus wir schaffen das wurde offenbar schnell wir sind geschafft. Sie bewegte sich damit im Aufwind einer Art von europäisch-nationalem Sympathierausch wegen der erst zugesagten und bis vor kurzem noch durchgehaltenen Hilfe (die leistet freilich nicht Frau Merkel, sondern Behörden, Polizei, THW, Hilfsorganisationen und vor allem die Bevölkerung). Vieles an Zuwendungsgesten lief einfach nur auf Zeitgewinn auf Kosten der täglich Getriebenen hinaus.

Zu Zehntausenden kamen in den vergangenen beiden Wochen die Flüchtigen mit Zügen aus Ungarn via Transit Österreich in der 1,4 Mio. Stadt München an, die Rede ist von bis zu 63.000, von wo sie weiter auf Bahnreisen durch Deutschland geschickt und verteilt wurden. Allein 600 trafen so auch gerade noch in der Hauptstadt Berlin ein. Der Münchner SPD-OB Dieter Reiter war am Samstag vor die Tagesschau-Mikrofone getreten, nachdem weitere 12.000 angekommen waren und sandte einen dringenden Appell an die übrigen Bundesländer, großen Städte und Gemeinden, jetzt ein Zeichen der Solidarität des geteilten Handelns zu setzen. Die Deutsche Bahn stellte erstmals planmäßige ICE-Züge ausschließlich für Flüchtlinge zur Verfügung, normale Fahrgäste mussten kurzfristig umbuchen. In der Isarmetropole, in der ab 19.9. täglich wieder Zehntausende zu Trachtenjux, Alkohol- und Schlemmergaudi auf die Oktoberwiesn drängen werden, sei man am Das-Boot-ist-voll-Limit

angekommen. Eiligst hatte man in der Nähe des Hauptbahnhofs ein Zelt Dorf für 1.000 Flüchtlinge eingerichtet. Was geschieht jetzt wie weiter? Neben Polizei und Bundespolizei soll erstmals die Bundeswehr als "Hilfspolizei" im Innern eingesetzt werden. CSU-Ministerpräsident Seehofer (Stoppt den Zustrom) hatte wohl gegenüber Merkel ein Machtwort gesprochen, was letztlich den Innenminister de Maizière zum Handeln veranlasste. Dieser sprach zur Begründung von Sicherheit (gefährdeter Sicherheit) und Kontrolle, von einem benötigten regulären Registrier- und Aufnahmeverfahren und mehr Zeit, die man brauche, um sich auf die Situation einzustellen, jetzt, nach Wochen und Monaten des sich abzeichnenden Desasters. Welche "Gefahr" für die Sicherheit geht eigentlich nun plötzlich von den Flüchtlingen für die BRD aus? Man wolle wissen, wer ins Land käme und die Ankommenden an der Grenze registrieren. Die Rede von der "Willkommenskultur" ist abrupt der bürokratischen Sprachregelung vom "geordneten Verfahren" gewichen und entpuppte sich als Gerede. Es ist ein Warnsignal und eines der Abschreckung an die Flüchtlinge und gleichzeitig ein eindeutig politischer Schritt, um die übrigen EU-Innen- und Justizminister, die gestern, Montag, in Brüssel zur Quotenberatung zusammentrafen, in der Frage der Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Länder unter Druck zu setzen. Es gäbe, so de Maizière, keine Wahlfreiheit, wer wohin wolle. Indessen war Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) am Wochenende vor Ort in seinem Wahlkreis in Kempten im Allgäu, wo gerade 1.500 Flüchtlinge eingetroffen sind und vier Turnhallen zur Unterbringung beschlagnahmt wurden. Er beklagte, dass in Brüssel die Entwicklungs- und Außenminister nicht mit am Verhandlungstisch sitzen würden und fordert einen EU-Flüchtlingssonderkommissar. Es bedürfe einer internationalen Hilfskoordination, auch im Blick auf die Lage in den Herkunftsländern. Die Türkei habe allein 2 ½ Mio. Flüchtlinge aufgenommen. Von den 12 Mio. Flüchtlingen im Irak und in Syrien seien bisher ca. 5% im westlichen Europa angekommen.

Medienvertreter und eingeladene TV-Politiker im Öffentlich-Rechtlichen waren in diesen Tagen schon deutlich vorsichtiger und warnten vor einem baldigen "dicken Ende", das sich jetzt früher als erwartet einstellte. Beinahe jedes geäußerte Verständnis für die Ankommenden mündete da früher oder später im Satz in ein großes Aber... Die "Alimentationsmaschine" Deutschland könne das auch nur noch eine begrenzte Zeitlang so offen durchhalten, und dann? Asylverfahren beschleunigen, Bearbeitungsfristen deutlich verkürzen, verstärkt und schnell in die "sicheren" Heimatländer abschieben, sich von den die "Wirtschaftsflüchtlingen" wie die Spreu vom Weizen trennen usw. Die bekannten administrativ zu kurz greifenden Rezepte. Schäubles "erwirtschafteter" 12 Mrd. Steuergelderüberschuss ist bereits für andere interne Bedarfe (Kindergärten, Straßen- und Brückensanierungen etc.) so gut wie verplant. Da ist wohl nur noch für ein paar zig Millionen Luft. Der Winterabschiebestopp für Asylbegehrende, für den der Erfurter katholische Bischof Neymeyer noch 2014 eintrat, stehe nun, nachdem eine neue Situation eingetreten sei, nicht mehr zur Debatte. Flüchtlinge, die weder Asyl noch Duldung erhalten könnten, seien in ihre Herkunftsländer "zurückzubringen". Die Abschiebungen seien anhand der jetzt großen Zahl einfach nötig, wenn vor Ort eine Bedrohung für das Leben ausgeschlossen sei. Christliche Nächstenliebe im Selektivverfahren? Ich bin gekommen und ihr habt mir Obdach gegeben, steht als Jesus-Satz in der Bibel. Und es werden noch viel mehr kommen. Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm informierte sich in diesen Tagen direkt entlang der Fluchtrouten und zeigte sich berührt und bestürzt über die Zustände. Viele HelferInnen auch von der Diakonie und anderen Organisationen seien in Ungarn im unermüdlichen Einsatz. Bedford-Strohm hatte sich schon bei der diesjährigen EKD-Synode Ende April/Anfang Mai in Würzburg kritisch zum Flüchtlingsthema geäußert, sprach vom moralischen Bankrott europäischer Regierungen, forderte legale Zugangswege, eine großzügige Vergabe humanitärer Visa und eine Neuregelung der Aufnahmeverfahren. Flüchtlingspolitik könne nicht kurzfristigem Krisenmanagement überlassen bleiben. Eine "Eine-Welt-Verträglichkeitsprüfung" sollte das Gegenüber von Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik verringern (zit. nach Eduard Kopp, christmon.de, Das evangelische Online-Magazin, Mai 2015).

Geschätzte 50-60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, wegen Kriegen, bewaffneten Konflikten und Terror aus ihrer Heimat vertrieben, ohne Perspektive für ein existenzielles Auskommen. Von "Völkerwanderung" und "Flüchtlingsströmen" ist da die anonyme Rede. Jeder/jede Flüchtlinge hat ein Gesicht, eine Geschichte, meist ein damit verbundenes größeres individuelles Leid und Schicksal. In "Strömen" und "Wanderungen" verschwinden diese leichter. Derzeit kommen die meisten vor allem aus dem Großraum Nah-

/Mittelost, aus dem Irak und Syrien. Sie verharren zu Hunderttausenden bis Millionen in unhaltbaren elenden Zuständen in Flüchtlingslagern und Zeltcamps in Jordanien, im Libanon, in der Türkei. Etwa 4,50 Euro pro Tag erhält ein Flüchtling in Jordanien. Ein kleiner Teil derjenigen, die das unverschämte hohe Tributgeld für die "Schleusung" durch Mafiabanden über Land und das Mittelmeer auf die griechischen Inseln und nach Griechenland aus letzten Ersparnissen und dem Verkauf ihres Hab und Gutes aufbringen konnten, sind jetzt weiter auf dem Landweg zu uns gekommen, haben es bis zu uns "geschafft". Und nun? Die EU hat es in Kooperation mit dem UNHCR-Flüchtlingswerk nicht vermocht, angesichts der sich schon länger abzeichnenden Flucht-"Katastrophe" einen geregelten, sicheren "Korridor" auf Schiffen von den levantinischen Häfen in italienische und französische Häfen und weiter per Bahn und Bussen zu organisieren, um den kriminellen "Schleusern" ein Ende zu machen und den Boden zu entziehen. Man hat die Menschen sehenden Auges, aber offenbar nicht mitfühlenden Herzens, zunächst ihrem bitteren, ungewissen Wegeschicksal überlassen. Hier hätten die vielen Luxus-Kreuzfahrtschiffe wenigstens einmal eine sinnvolle Aufgabe erfüllen können. Das nach den Jugoslawien-Kriegen größte derzeitige Versagen und Vergehen gegen die Menschlichkeit überhaupt. Es bedurfte eines tragischen Bildes der Presseagenturen eines ertrunkenen kleinen Jungen angespült an einen Strand, um z. B. in Frankreich, dem Land der Menschenrechte, einen Meinungsumschwung zu bewirken. Die faktische Macht der Bilder. Davor wollten dort etwa 2/3 der Bevölkerung keine Flüchtlinge mehr haben. Die, die schon da waren, hausten in Städten geduldet von einer Art laissez-faire in wilden Lagern im Freien. Jetzt erst kam eine Anteil nehmende Solidarisierungswelle im Land in Gang.

Es muss eine Vielvölker-Nation wie die USA, die von ihren europäischen Einwanderern und auch politischen Flüchtlingen einst groß und stark gemacht wurde, aufs Tiefste beschämen, wenn ihr farbiger Friedensnobelpreisträger-Präsident verkündet, statt der bisher 5.000 nun doch 10.000 Flüchtlinge aufzunehmen. 10.000! - in einem Land mit rund 320 Mio. Einwohnern. Das sind ungefähr die Besatzungen von zwei Flugzeugträgern. Neben dem syrischen Assadregime und dem terroristischen IS sind die USA mit den beiden Golfkriegen der Familie Bush 1991/92 und 2002/03 der Langzeit-Hauptverschulder der gegenwärtigen Fluchtbewegungen. Menschen bleiben in der Regel in ihrer Heimat, wenn sie sich dort sicher fühlen, ein wirtschaftliches Auskommen und berufliche wie soziale Perspektiven haben. Flucht ist häufig auch ökonomisch mit bedingt. Das lässt sich oft gar nicht so klar trennen. Die Menschen dort sind ja keine Auswanderer aus freien Stücken. Existenznot ist seit Jahrhunderten ein Grund für Migration. Da wird einfach über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden, wenn von sog. sicheren Drittstaaten und Herkunftsländern und Wirtschaftsflüchtlingen die Rede ist.

In Syrien, wo das Assadregime, verschiedene Rebellengruppen, die kurdischen Selbstverteidigungsmilizen YPG an der syrischen Nordgrenze und der IS gegeneinander kämpfen, ist derzeit die Lage mehr als prekär. Assads Armee kontrolliert noch etwa ein Drittel des Landes. In den arabischen Staaten erwartet man gebannt den baldigen Sturz Assads (und hilft noch etwas nach), was aber wohl noch eine Weile dauern wird, zumal jetzt vermehrt der engste Verbündete Russland durch militärische Hilfe vorstellig wird und eigene Truppen stationieren will. Vermutlich eher aus dem Grund, um bei Assads Ende zur rechten Zeit den Fuß in der Türschwelle zu haben und behalten. Schließlich befindet sich im syrischen Tartus Russlands einziger Flottenstützpunkt am Mittelmeer, den es aus Putins Sicht zu sichern gilt. Ein zweiter Militärstützpunkt wird zur Zeit in der Küstenprovinz und Assad-Hochburg Latakya von russischen Pionierbataillonen angelegt, wo ein vorhandener Flughafen zu einem Luftdrehkreuz ausgebaut wird. Das deutet auf die geplante Verlegung von Truppenteilen und schwerem Militärgerät hin. Gerade gab der britische Premier Cameron bekannt, dass am 21.8. drei IS-Kämpfer, davon zwei mit britischer Staatsangehörigkeit, in der Nähe der syrischen Stadt Raka mit einer britischen Kampfdrohne getötet worden seien, wovon das Unterhaus erst 17 Tage später unterrichtet wurde. Im August 2013 war er mit seinem Antrag auf eine Syrienintervention noch parlamentarisch gescheitert. Nun unternimmt er hierfür einen neuen Anlauf. Frankreichs Premier Hollande kündigte just die Vorbereitung von Luftschlägen gegen den IS an. Großbritannien und Frankreich gehören zu den großen europäischen Ländern, die bisher mit am wenigsten Flüchtlinge aufgenommen haben. Es ist klar, dass mit solchen ständig fortgesetzten, militärischen Einmischungen vorbei an jeglicher Völkerrechtslage es keine Verbesserung der Situation für die, die sich auf die Flucht begeben, geben wird. Darin aber besteht der Kern des Problems.

Und Deutschland? Kurzzeitig für viele Notbetroffene unterwegs die frühere "USA" Europas, Strohalm und Hoffnungsschimmer am Horizont? Weit über 12 Mio. Geflüchtete und durch selbst verschuldeten Krieg Vertriebene fanden nach dem Krieg in den beiden Deutschlands Aufnahme und neue Heimstatt. Auch damals waren sie nicht überall und unbedingt willkommen im verbliebenen Reichsgebiet unter alliierter Militärbesatzung. Die Deutschen aus dem Memelland, Ostpreußen, Pommern und Schlesien waren "die vom Großen Vaterland", redeten andere Dialekte, hatten ihre anderen Bräuche und Gewohnheiten, waren oft protestantisch, überaus fleißig und strebsam, politisch meist sehr konservativ gesonnen, die zusätzlich konkurrierend auf die Arbeitsmärkte und an die Fleischtöpfe drängten. Aber die Situation von damals ist nicht vergleichbar mit heute. Die Wirtschaft war im Aufbau, Arbeitskräfte wurden dringend gebraucht. Es gab das "Wirtschaftswunder", das keines war in einem vom Krieg völlig verwüsteten Land, in dem es vorerst nur noch Aufbauboom und Wachstum bis zur Sättigung geben konnte. Ähnlich waren danach noch die Bedingungen für die vielen auf Zeit ins Land geholten "Gastarbeiter" aus südeuropäischen Ländern und der Türkei. Auch die über Jahrzehnte Millionen Flüchtigen der DDR und nach 1989 2 Mio. Russlanddeutschen hat das vereinigte Deutschland verkraftet, wenn es auch das alte BRD-Rentensystem an den Rand des Ruins brachte und danach im Sozialsystem nichts mehr wie zuvor sein ließ. Mit ein Grund auch dafür, was dann als "Agenda 2010" von Rot-Grün völlig falsch neoliberal angepackt über uns kam. Parteien wie die CDU/CSU und FDP, die Ende der 80er Jahre schon abgewirtschaftet hatten, retteten sich damit noch mal für weitere 10 Jahre an der Regierung. Der Thyssen-Konzern hat jetzt schon tausende neue Ausbildungsplätze für die Neuankömmlinge in Aussicht gestellt, man hofft mit den qualifizierteren Zuwanderern den prognostizierten absehbaren demographischen Einbruch von bis auf 72 Mio. sinkenden EinwohnerInnen Deutschlands bis in 20, 25 Jahren ausgleichen zu können. Deutschland brauche Einwanderung und hat noch nicht mal ein Einwanderungsgesetz. Nicht alle, die kommen, sind gut ausgebildete Ärzte, Ingenieure oder Facharbeiter. Es ist abzusehen, dass es unter den weniger qualifizierten Neubürgern und hiesigen Langzeit-Arbeitsuchenden im unteren Drittel zu Verteilungskämpfen kommen könnte.

Gewiss, wer nach Deutschland kommen will, tut es aus mancherlei Gründen und Motiven. Weil vielleicht Angehörige der Familie oder Freunde schon hier sind. Weil im Vergleich die sozialen und beruflichen Chancen und Perspektiven (Schule, Ausbildung, Jobs) besser sind. Weil das von den Medien transportierte Image der Wirtschaft stark ausstrahlt, weil vieles eben besser als zu Hause zu sein scheint, von wo man herkommt. Vor allem herrscht hier kein Krieg, sondern besteht Frieden. Und man bleibt ja meist in der eigenen Kultur, familiär, beim Essen, in der Religion, im Alltagsablauf. Da wird man kaum weiter kommen mit der politisch verlangten Auflage nach z. B. einem Islamunterricht (80% der Ankommenden sind Muslime), der "deutsche Werte" vermitteln soll, was schlicht Unsinn ist. Das Recht auf eigene Kultur, eigene Kulturausübung, darf keinem Menschen genommen oder verwehrt werden. Es setzt aber den Erwartungen an "Integration" durchaus gewisse Grenzen. Die vehemente Forderung danach könnte zu einem neuen Ausgrenzungsmerkmal werden. Verschiedene Kulturen und Religionen können nur nebeneinander gleichwertig bestehen und einander so gegenseitig anerkennen und akzeptieren (Lessings Ringparabel im Nathan-Drama), sich vielleicht in bestimmter Hinsicht und gewissen Graden noch vermischen und austauschen. Es wäre auch schade und eine Verarmung, wenn es anders wäre. Es ist gerade die Kulturvielfalt und -vielfalt, von der Länder wie die USA zehren konnten. Das muss all denen geantwortet werden, die in einer "Multikultur" eine Gefährdung des nationalen Zusammenhalts und ein drohendes Auseinanderfallen der Gesellschaft befürchten. Diese bekommt bereits derzeit schon ein anderes Gesicht. Es ist nichts Ungewöhnliches, im Jobcenter als Hartz IV-Abhängiger einer türkisch stämmigen "Fallmanagerin" gegenüber zu sitzen.

Die große Zahl der ankommenden "Massen" (erwartet werden bis Jahresende an die 800.000 = ungefähr 1%) kann nicht das vordringliche Problem sein. Die Zahlen relativieren sich meist schnell, vielleicht werden es sogar deutlich weniger sein. Die Kommunen und Behörden stehen dennoch aktuell und noch in nächster Zeit bestimmt vor größeren Problemen, sachlich wie finanziell und brauchen jedwede mögliche unbürokratische Unterstützung vom Bund. Unterstützung, Hilfe, Offenheit, Verständnis auch vor allem in und von der Bevölkerung. Wie wär's, wenn vom nächsten Budget für Verteidigung 5% = etwa 1,75 Mrd. Euro sofort zur Verfügung gestellt würden für den Bau/die Einrichtung/den Schutz von Wohnungen und weitere Versorgung? Wir schulden es den Menschen, die im Vertrauen zu

uns kommen, wir schulden es angesichts des Versagens der großen Institutionen und vor allem der Europäischen Union. Das gestrige Treffen der EU-Innenminister zur Krisenberatung in Brüssel hat erwartungsgemäß kein sofort helfendes Ergebnis gebracht. Zu mehr als einer Verständigung über 160.000 zu verteilende Flüchtlinge reichte es nicht, weiterem stellten sich die osteuropäischen und baltischen Staaten entgegen. Die Quotenfrage ist nach wie vor umstritten, eine Mehrheit von 16:12 hätte für einen jetzt erforderlichen schnellen Beschluss gereicht. So hat man sich auf den 8. Oktober vertagt, wenn der EU-Ministerrat zusammen trifft. Erneut über drei Wochen, in denen nichts geschieht und so fort gewurstelt wird wie jetzt. Niemand wird dabei nach Merkels Notbremse über den eigenen Schatten springen wollen, Nägel mit Köpfen wird es kaum geben, faule Kompromisse sind zu erwarten. Die spontane "Willkommenskultur" wird weiter administriert, pragmatisiert und abgewürgt. Eines steht schon vorher fest: Diese EU, die im Jahr 2013 den Friedensnobelpreis erhalten hat und sich so gerne als "Wertegemeinschaft" präsentiert, ist in der humanitären Frage der Flüchtigen weitgehend handlungsunfähig, handlungsunwillig und wie im Fall Sarajewo und Srebrenica gescheitert!

© Elmar Klink, Bremen, 15.9.2015 -----

Dossiers nenne ich Stellungnahmen, die ich von Zeit zu Zeit zu bestimmten aktuellen politischen und kulturellen Themen und Fragen abgebe. Sie werden an etwa 35 Personen aus meinem Freundes- und Bekanntenkreis verschickt. Die Dossiers sind so verfasst, dass sie auch als Artikel verwendet werden können. Ihre weitere Verbreitung unter Quellenangabe ist erwünscht. Des Weiteren existieren Artikel-Entwürfe zum 50. Todestag von Albert Schweitzer am 4.9., zur Entwicklung bei der AfD und eine Besprechung des Buches "Gewaltlosigkeit und Klassenkampf" von Herbert Meißner.

Elmar Klink
Thielenstr. 13/15
28215 Bremen
0421-35 81 87